
Niederlande

Gerard J. M. van Wissen

1. Zum Verhältnis von Religion und Politik in den Niederlanden

Wenn man das Verhältnis von Kirche und Glauben, Staat und Gesellschaft in den heutigen Niederlanden zu beschreiben versucht, stößt man auf mehrere, auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklungen, die jedoch einander bedingen.

Die erste Entwicklung betrifft die weit vorangeschrittene Säkularisierung. Wenn die Prognosen auf der Basis von Umfragewerten stimmen, werden im Jahre 2020 rund 72 % der niederländischen Bevölkerung keiner Kirche mehr angehören. Wenngleich der Trend zur Säkularisierung der Gesellschaft in den Niederlanden weiter anhält, so ist es indes doch bemerkenswert, dass es kein Land in Europa gibt, in dem die Religion sich dermaßen stark im außerkirchlichen Leben zeigt. Rund 20 % derer, die nicht kirchlich gebunden sind, bekennen sich als religiös. Diese Religiosität versteht sich als eine aus christlichen und anderen Religionen und Weltanschauungen zusammengesetzte, individuell gestaltete religiöse Überzeugung. Die Kirchengebundenheit nimmt zwar ständig ab, die Religiosität aber bleibt, jedoch mutiert sie zu einem persönlichen, höchst individuell gestalteten Glauben.

Die zweite Entwicklung scheint in Widerspruch zu stehen zu der ersten Beobachtung, was aber bei genauerem Hinsehen nicht der Fall ist. Sie bezieht sich auf die Entta-

buisierung religiöser Themen. Bis in die 1990er Jahre war es nicht üblich, über die eigene Religion oder Weltanschauung zu sprechen; diese war reine Privatsache. Das hat sich in den letzten Jahren beträchtlich verändert. Das heißt, dass man sich wieder in der Öffentlichkeit zu einer Religion bekennen darf. Und auch immer häufiger äußern sich führende Persönlichkeiten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Prominente aus Kultur und Medien zur wichtigen oder gar für notwendig gehaltenen Rolle der Religion und der sie tragenden Kirchen und Religionsgemeinschaften, die der Sinnstiftung des Menschen verpflichtet sind. Auch diejenigen, die persönlich keine Bindung an die Religion haben, äußern sich häufig positiv zu diesem Themenfeld.¹ Es handelt sich hier offenbar um eine nicht leicht zu deutenden Entwicklung. Zwei Elemente sind jedenfalls hervorzuheben. So spielt ohne Zweifel der Islam, der immer mehr in der Gesellschaft präsent ist, eine wichtige Rolle in dieser Thematik, die man auch als Enttabuisierung der Religion beschreiben kann. Die gesellschaftliche Präsenz religiöser Bekenntnisse, Symbole und des religiösen Engagements fordert zwangsläufig zur Stellungnahme der Religion gegenüber heraus. Auch führt die immer mehr um sich greifende weltanschaulich-sittliche Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft verstärkt zur Rückbesinnung auf die Religion und die Religionsgemeinschaften als sinnstiftende und Orientierung bietende Institutionen.²

Die dritte Entwicklung betrifft die Rolle der Religion im öffentlichen Raum – ein Problemfeld, das viele Fragen aufwirft. Ist die Religion nur Privatsache oder hat sie auch Relevanz in und für die Öffentlichkeit? Ist eine Rolle der Religion im öffentlichen Raum und im pluralistischen Gemeinwesen akzeptabel, ist sie lediglich hinzunehmen oder hat sie sogar positive, für den Einzelnen und die Gesellschaft gar notwendige Funktionen? Und, so ist weiter

zu fragen: Ist die Rolle der Religion im gesellschaftlichen Raum anders zu bewerten als im staatlichen und rechtlichen Bereich?

In den folgenden Abschnitt werde ich mich mit den angesprochenen Entwicklungen näher auseinandersetzen und versuchen, ein möglichst objektives und faires Bild der aktuellen Lage in den Niederlanden bezüglich des Verhältnisses von Kirche, Religion, Staat und Gesellschaft zu vermitteln.³

2. Die niederländische Säulengesellschaft

Vom Standpunkt der Kirchen aus kann die skizzierte Situation der Religion kaum anders als katastrophal bezeichnet werden, vor allem, wenn man in die jüngere Zeitgeschichte blickt. So gehörten nach dem II. Weltkrieg rund zwei Drittel der Niederländer einer der beiden Volkskirchen an, der kalvinistischen Nederlands Hervormde Kerk (23 %) und der Römisch-Katholischen Kirche (42 %). Nach Kriegsende setzte sich die religiöse, soziale und politische Lage der Vorkriegszeit fort, obwohl die Sozialdemokraten mit der Gründung der Arbeiterpartei (Partij van de Arbeid), einer weniger ideologiebehafteten Nachfolgepartei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Vorkriegszeit, die Pforten weit geöffnet hatten für katholische und protestantische Arbeiter und damit einen sogenannten „Durchbruch“ ins christliche Parteienspektrum versuchten.⁴ Diesem Durchbruch war letztlich kein Erfolg beschieden. Die christlichen Wähler blieben zumeist den Parteien, die sie schon vor dem Kriege gewählt hatten, treu. Auch wurde das in den 1930er Jahren aufgebaute *Säulensystem* nach dem Krieg weitergeführt. Das Säulensystem gab es damals, mehr oder weniger stark ausgeprägt, auch in anderen Ländern, so z. B. in Belgien (besonders in Flandern) und abgeschwächter Weise auch in

Deutschland. Aber nirgendwo war das System so ausgeprägt, wie in den Niederlanden.⁵

Die niederländische Gesellschaft kannte *drei Säulen*, wovon die *katholische Säule* am stärksten ausgebaut war. Ihr folgte, mit ähnlicher Struktur und Organisationsdichte die *reformierte Säule*, gefolgt von der in geringerem Maße strukturieren *sozialistische Säule*.⁶ Je nachdem wurde man als Kind in einer dieser Säulen sozialisiert; in diesen korporativen Gebilden wurden die Normen und Werte der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen an die nächste Generation weitergegeben. In einer dermaßen festgefügtten Säule, wie der katholischen, begegnete man als Katholik die meiste Zeit über kaum anderen als katholischen Mitbürgern. Der katholische Gesellschaftsteil war durchzogen von einem Netz von katholischen Organisationen, Schulen, Krankenhäusern und Vereinen bis hin zu einer eigenen politischen Partei. Man kaufte in Geschäften ein, die der eigenen Säule zuzurechnen waren, und auch den Arbeitsplatz suchte man, so weit es möglich war, bei einem Arbeitgeber der gleichen religiösen und sozialen Ausrichtung. Der Kontakt zwischen den Säulen fand überwiegend durch die Führungsschichten der verschiedenen Säulen statt. So wurden die Säulen „von oben her“ gesteuert und mit ihnen fast die gesamte Gesellschaft gelenkt.

Hier kann nur sehr kurz auf die Eigenheiten dieser Säulengesellschaft eingegangen werden. Für das Thema genügt es, folgendes zu berücksichtigen: Diese spezifische gesellschaftliche Struktur der Niederlande förderte nicht oder nur sehr wenig die Selbständigkeit und eigene Verantwortung ihrer Mitglieder, und zwar sowohl in gesellschaftlicher als auch in kirchlicher Hinsicht. So brauchte man sich z. B. als Katholik nicht sonderlich zu bewähren in der Begegnung mit Menschen, die nicht katholisch oder nicht gläubig waren. Man wurde in allen Bereichen des Lebens geführt; und bei den Katholiken oblag die Führung dem

Klerus, der sehr zahlreich war. Als dann mit dem II. Vatikanischen Konzil (1962–1965) die Türen der Kirche weit geöffnet wurden, zerfiel innerhalb kurzer Zeit zuerst die katholische Säule, die die anderen Säulen noch eine Zeit lang mitschleppt hatte. Die Folgen waren – besonders bei den Katholiken – geradezu verheerend. Ein Großteil der Geistlichen und der Mitglieder der Frauen- und Männerorden schied aus dem Amt oder dem geistlichen Stand aus; so wurde aus den Katholiken bald eine Herde ohne Hirten. Auch die Laien zogen in Scharen aus der Kirche aus, ein Vorgang, der bis heute nicht beendet ist.

Diese Entwicklung förderte nicht nur in hohem Maße die Säkularisierung, sondern zog auch beträchtliche soziale und kulturelle Folgen nach sich. Die eigene Säule war für viele Katholiken manchmal ein Harnisch; aber die je eigene Säule verschaffte andererseits auch Sicherheit, Wärme, Orientierung und half einem in der Lebensführung. Millionen Menschen wurden mit der Auflösung der Säulengesellschaft fortan auf eigene Beine gestellt und waren damit sich selbst überlassen. Vielen war es möglich, eine neue Lebensausrichtung zu finden, doch blieben auch andere alleine zurück. Die Orientierungslosigkeit vieler Menschen in unserer heutigen Gesellschaft hängt nicht zuletzt mit diesen Ereignissen der nachkonziliaren Zeit zusammen, wozu später noch einmal Stellung genommen wird.

3. Probleme der Individualisierung und Säkularisierung

Es wurde bereits auf die widersprüchlichen Seiten der religiös-gesellschaftlichen Entwicklungen seit den 1960er und 1970er Jahren hingewiesen, in welchen sich die Säkularisierung der Politik und Gesellschaft sehr beschleunigt hat. Die andere Seite dieser Entwicklung besteht darin, dass die Religion zwar keineswegs verflüchtigt hat, doch vollzieht

sich gegenwärtig das religiöse Leben in hohem Maße außerhalb der institutionalisierten Kirchen und Religionsgemeinschaften. Das niederländische Sozialkulturelle Planungsbüro⁷ hat vor kurzem einen Forschungsbericht vorgelegt. Dieser Bericht, der den Titel trägt „Religiöse Änderungen in den Niederlanden. Verschiebungen in der Bindung mit den Kirchen und der christlichen Tradition“⁸, geht davon aus, dass sich der seit Jahren schon feststellbare Trend zur Entkirchlichung und zur Säkularisierung weiter fortsetzt. Wenn dieser Trend anhält, führt dies dazu, dass – wie bereits erwähnt – im Jahre 2020 rund 70 % der Niederländer keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft mehr angehören werden. Man geht davon aus, dass dann noch ca. 10 % der Bevölkerung katholisch sein werden (was innerhalb von rund 70 Jahren einem Rückgang von 42 % entspricht). Der muslimische Bevölkerungsanteil beträgt dann schätzungsweise 7–8 %. Der *Protestantischen Kirche der Niederlande*, einem Zusammenschluss der ehemaligen *Nederlands Hervormde Kerk* (der früheren großen kalvinistischen Staatskirche), der Reformierten Kirche und der Lutherischen Kirche gehören nach dieser Prognose dann kaum noch mehr als 4 % der Bevölkerung an, was einen Rückgang um mehr als 30 % bedeutete. Die Zahl der Muslime wird diesen Schätzungen zufolge doppelt so groß sein wie die der Protestanten. Bemerkenswert ist, dass die Entkirchlichung die Protestanten noch stärker trifft als die Katholiken. Das deutet auf eine vielschichtige gesellschaftliche Entwicklung mit vielen Wurzeln hin.

Der besagte Forschungsbericht weist darauf hin, dass sich die kirchliche Zugehörigkeit stark verringert hat, dass aber die Religiosität an sich kaum abnimmt. 49 % der Bevölkerung glauben noch an ein Leben nach dem Tode und 40 % an einen Himmel. Der Teil der Bevölkerung, der an Wunder glaubt, hat in den letzten zwanzig Jahren ebenfalls zugenommen, und zwar von 31 % auf 43 %.

Unter den kirchlich nicht gebundenen Bürgern stieg der Teil derer, die an ein Leben nach dem Tode glauben, seit 1985 von 27 % auf 37 %, wobei der Anteil derer, die an einen Himmel glauben, von 18 % auf 25 % gestiegen ist.

Diese Widersprüche sind nicht ganz einfach zu erklären. Der genannte Forschungsbericht zieht eine Verbindung mit dem stark gewachsenen Individualismus in den Niederlanden. Es ist nicht zu bezweifeln, dass nach der Implosion der Säulengesellschaft die niederländische Gesellschaft sich mehr und mehr individualisiert hat, vermutlich noch mehr als andere Gesellschaften in Europa. Man sei nicht mehr geführt worden und man habe fortan seinen eigenen Weg allein finden müssen und seine Entscheidungen selbst treffen müssen, so lauten die Interpretationen dieses Phänomens. Der Individualismus wurde nicht zuletzt durch den immer stärker wachsenden Wohlstand gefördert, wodurch ebenfalls der persönliche finanzielle Spielraum wuchs. Auch der angestiegene Bildungsgrad breiter Bevölkerungsschichten ist als Erklärung nicht unwichtig, weil man dadurch auch besser imstande ist, eigene Entscheidungen zu treffen.

In diesem Zusammenhang ist außerdem auf die wichtige Rolle der Anti-Baby-Pille hingewiesen worden, die seit den 1960er und 1970er Jahren verstärkt Verbreitung fand. Im sexuellen Bereich, in dem sich die kirchliche Führung – vor allem bei den Katholiken – seit eh und je besonders engagierte, wurde die Freiheit der Familienplanung zu einem wichtigen Element der eigenen sittlichen Lebensgestaltung. Die Selbstbestimmung und mit ihr das verstärkte Bewusstsein der persönlichen Freiheit traten mehr und mehr an die Stelle der kirchlichen Ge- und Verbote. Diese Wahlfreiheit beschränkte sich keineswegs bloß auf den Bereich der sexuellen Moral. Auch dort, wo die Kirche kaum eine Rolle gespielt hatte, wie etwa beim Konsum, wurde der persönliche Geschmack maßgebend. Mit dem wachsenden Individualismus machte sich zugleich eine

Art Markt- und Konsumenten breit, das sich allmählich über alle Gebiete des Lebens ausgedehnt hat. Man lässt sich bezüglich der vorhandenen Alternativen ganz und gar von seinen eigenen Präferenzen leiten.

Diese Entwicklung ist weit vorangeschritten. Der moderne Holländer betrachtet seine Welt als eine riesige *Shopping Mall*. Er geht von Abteilung zu Abteilung und kauft, was seinen Wünschen entspricht. Er liebt das Trucksystem nicht, er möchte frei sein zu kaufen, wo er will und was er will – auch in der *Religionsabteilung*. Alles ist Geschmackssache. So gibt es keine Wahrheit mehr, es gibt nur noch Meinungen. Darum ist das *New-Age-Denken* so populär.⁹ Man mischt diese Elemente mit anderen Gedanken und bastelt sich so seine eigene Religion oder Weltanschauung. Es ist die Zeit der Beliebigkeiten. Wohl heißt es: Es gibt *Etwas* über uns; aber was das ist, das entscheidet man selbst. Es ist klar, dass es eine Kirche mit einem klaren Wahrheitsanspruch, mit ihrem Kanon, ihren Dogmen, Geboten und Verboten sehr schwer hat, sich in diesem geistigen Klima zu behaupten. In diesem Licht ist ein Schrumpfen der Amtskirchen ebenso verständlich wie auch die frei schwebende oder floatende Religiosität.

Das Marktdenken gibt es nicht nur im religiösen Bereich. So hat das marktorientierte Denken schon längst auch die Politik, näherhin die Wahlen erreicht. Treue zu einer Partei oder Traditionen im Wahlverhalten gibt es immer weniger. Man sucht die Partei, die gerade das beste Paket in Angebot hat. Deshalb sind ja in den Niederlanden auch die Wahlberatungsprogramme so populär. So gibt man einfach auf entsprechenden Seiten im Internet ein, was man in der Politik wichtig findet oder was man sich wünscht, und durch Klicken der Return-Taste offeriert das elektronische Wahlprogramm für einen die beste Wahlprognose. So hat die politische Partei *Demokraten 66*, die sich dieser Form von Individualismus am stärksten gewid-

met hat, selbst in ihren guten Tagen kaum Mitglieder gehabt. Das Denken in den Marktkategorien führt im politischen Bereich auch dazu, dass die Wähler „die Politik“, also die Regierung und die politischen Parteien, für all das verantwortlich machen, was irgendwo und irgendwie schiefgeht, also auch für Stürme oder Überschwemmungen. Offensichtlich bedeutet das Wort *wählen* immer mehr *kaufen*, und der „Kauf“ garantiert dann eine allumfassende Daseinsvorsorge. Auch in anderen Bereichen ist das Marktdenken weit fortgeschritten. Man macht seine eigene Wahl. Freiheit und Selbstbestimmung stehen in Mittelpunkt. Nicht nur Kirchen und Parteien, sondern auch Gewerkschaften und Vereine sind längst von dieser Entwicklung erfasst, und auch diese Institutionen leiden unter dem gleichen Mitgliederschwund wie die Kirchen.

Diese Entwicklung profitiert erheblich von der neoliberalen Welle, die – kräftig unterstützt von der Europäischen Union – auch in die Niederlande geschwappt ist. Der Markt ist der entscheidende Verteilungs- und Steuerungsmechanismus der Gesellschaft und seines Gemeinwesens. Das Gesundheitswesen wird z. B. seit einigen Jahren vom Markt gesteuert. Immer mehr öffentliche Betriebe, wie etwa die Elektrizitätswerke, die Telekommunikation, Bus und Bahn, werden privatisiert und somit dem Markt übergeben.

Das bedeutet: Was im religiösen Bereich vor sich geht, ist kein gesondertes Ereignis, sondern es ist auch Teil der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Und so hat denn auch diese Entwicklung nicht nur zu einer weiteren Schwächung der Kirchen, sondern auch anderer gesellschaftlicher Institutionen geführt und ihrerseits die Individualisierung weiter verstärkt. So sind wir in einen Teufelskreis geraten: Die Entkirchlichung fördert die Individualisierung oder geht mit ihr einher, sodass wiederum die Kirchen weiter geschwächt werden, und so weiter.

4. Religion und Öffentlichkeit

Die zweite Entwicklungstendenz in der niederländischen Gesellschaft im Zusammenhang dieses Themas lautet, in einem Satz ausgedrückt: *Religion ist nicht mehr tabu*. Vor einigen Jahren war es nicht üblich, über die eigene religiöse oder weltanschauliche Überzeugung zu sprechen. Es galt der Satz: *Religion ist Privatsache*, und darüber sprach man nicht in der Öffentlichkeit. Das hat sich erheblich verändert, besonders bei der Jugend. Tausende junger Christen besuchen in den Niederlanden evangelische und katholische Jugendtage. Die Weltjugendtage, initiiert von Papst Johannes Paul II., zeigen, dass die Rückkehr der Religion in die Öffentlichkeit auch international gilt. Zahlenmäßig sind die Christen unter den Jugendlichen gering; aber wer gläubig ist, hat immer weniger Scheu, sich auch öffentlich zu seinem Glauben zu äußern und zu bekennen. Seit Hunderten von Jahren werden wieder – nicht nur in den katholischen Provinzen, sondern auch in einer stark säkularisierten Stadt wie Amsterdam – Prozessionen durchgeführt, in denen auch die Jugend stark vertreten ist.

Diese Entwicklung wird ohne Zweifel stark gefördert durch die massenhafte Anwesenheit der Muslime in unserer Gesellschaft. Sie präsentieren sich erkennbar als gläubige Menschen, und dies hat die Diskussion über Religion und ihren Stellenwert in der heutigen Gesellschaft beträchtlich belebt. In ihrer Begegnung mit der Religion der Muslime werden viele Christen mit der Frage konfrontiert, wie es um ihren eigenen Glauben bestellt ist. Ein Weiteres kommt hinzu: Die umstrittene Frage über die Stellung des Islams in der Gesellschaft bezieht auch die alteingesessenen Religionen in die Debatten ein. Aufgrund des verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbotes sind alle Religionen vor dem Gesetz gleich. So berührt z. B. die heutige Diskussion über die islamischen Schulen notwendigerweise auch die

Position der christlichen Schulen. Anders gesagt: Durch die Anwesenheit der Muslime wird die bisher selbstverständliche Position der Christen und des Christentums in der Gesellschaft auf einmal nicht mehr ganz so selbstverständlich.

So ruft der Islam bei vielen Bürgern eine zweispaltige Stellungnahme hervor. Man bewundert die starke Überzeugung der Muslime, lehnt aber meistens die gesellschaftlichen Implikationen und Manifestation dieses Glaubens (Kopftuch, Burka u. a.) ab. Besonders der Extremismus und Fundamentalismus kleinerer Gruppen erschwert erheblich die gesellschaftliche Debatte über die Lage der muslimischen Mitbürger in der Gesellschaft.

Noch aus einem anderen Grund findet die Religion heute mehr Interesse als vor einigen Jahren. Wie oben ausgeführt, ist die heutige niederländische Gesellschaft stark individualisiert. Dabei steht die Wahlfreiheit im Zentrum. Man genießt die Möglichkeiten freier Lebensgestaltung. Aber mehr und mehr kommt die Frage auf, wie man als Individuum sein Leben sinnvoll gestalten könne: Es muss doch auch etwas anderes und größeres geben als bloßen Konsum. Wenn man es recht betrachtet, stellt sich für viele Bürger verstärkt die Sinnfrage; auch macht sich immer mehr eine Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft breit. Viele fühlen sich alleine und sich selbst überlassen. Doch es geht um mehr als die Sinnfrage. Man lebt in einer Gesellschaft, die sich in einem schwindelerregenden Tempo verändert. Auf der Straße begegnet man Menschen aus aller Herren Länder. Die Globalisierung, verbunden mit Aufstieg von Staaten wie China und Indien zu wirtschaftlich führenden Nationen, bedroht nun die heimischen Arbeitsplätze. Man sitzt in dem Zug der Europäischen Union, der mit großer Geschwindigkeit in unbekanntere Richtung fährt. Und man begegnet dort dem polnischen Maurer, dem rumänischen Anstreicher und dem tschechischen Installateur; sie sind es, die vor Ort un-

sere Arbeitsplätze bedrohen. So grassieren Angst um die Zukunft und eine Sehnsucht nach einer Vergangenheit, in welcher die Welt noch in Ordnung war oder in Ordnung schien. In dieser gespannten Situation sieht man sich um nach den charismatischen Führern, die die Ängste in Worte kleiden und einen scheinbaren Ausweg aufzeigen. Diese Suche weist manchmal auch gewisse religiöse Züge auf.

Man kann dies deutlich illustrieren an dem Auftritt von Pim Fortuyn, dem Soziologen und rechtspopulistischen Politiker, der eine Islamisierung der niederländischen Gesellschaft so entschieden ablehnte.¹⁰ Er sprach hinsichtlich der multikulturellen Gesellschaft der Niederlande das aus, was viele dachten. Als Katholik äußerte er sich durchaus positiv über die Religion; er machte aber auch keinen Hehl aus seiner Homosexualität. Mit seinen teuren Maßanzügen und seiner Stadtvilla in Rotterdam, dem „Palazzo di Pietro“, war er eine farbige Erscheinung. Er strahlte eine Aufrichtigkeit aus, die wohltuend wirkte im Vergleich zu der vermeintlichen Hinterzimmerpolitik der seinerzeitigen Regierungen. Bei den Wahlen für die Zweite Kammer der Generalstaaten am 15. Mai 2002 – also kurz nach seinem Tod – kam die Liste Pim Fortuyn (LPF) aus dem Nichts auf 26 der 150 Sitze. Am 6. Mai 2002 wurde Fortuyn durch einen niederländischen Umweltfanatiker umgebracht. Bei seinem Begräbnis wurde vielen Niederländern erst richtig klar, welche Gefühle er bei seinen Landsleuten hervorgerufen hatte. *Populär* ist nicht das richtige Wort, um die Beliebtheit Fortuyns zu beschreiben; er wurde von vielen geradezu verehrt. Die Menschen, die bei der Trauerfeier den Wegrand säumten, waren erschüttert und ließen ihren Tränen freien Lauf. Mit Pim Fortuyn war nicht nur ein beliebter Politiker gestorben; vielen war er ein Vater, ein charismatischer Führer und ein Prophet. Noch immer gibt es viele Niederländer, die nicht ohne emotionale Reaktionen über ihn zu sprechen vermögen.¹¹

In einer Zeit der Verwirrung und Unsicherheit sucht man offenbar Halt bei jedem, der diesen bieten kann. Auch bei der Volksbefragung am 1. Juni 2005 über den Europäischen Verfassungsvertrag zeigte sich diese Situation wieder. Mehr als 61 % der wahlberechtigten Bevölkerung wiesen den Vertragsentwurf zurück. Zum ersten Mal in der Geschichte der Niederlande gab es eine Volksbefragung auf nationaler Ebene, mit einer für die meisten Wähler nur schwer zu beantwortenden Fragestellung. Gefragt wurde nämlich, ob man für oder gegen die niederländische Zustimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag sei. Aus Wählerbefragungen geht hervor, dass die Wähler die Volksbefragung genutzt haben, um ihren Unlustgefühlen über Europa und über alles, was weiter noch bedrängend war, Ausdruck zu verleihen.

Sehr deutlich kam diese Stimmungslage auch bei den vorgezogenen Wahlen für die Zweite Kammer der Generalstaaten am 22. November 2006 zutage. Alle drei großen Volksparteien haben gegenüber den Wahlen 2003 erhebliche Verluste hinnehmen müssen; profitiert haben dabei die Konkurrenzparteien.¹² Obwohl die Parteien mit den höchsten Stimmenanteilen wie die ChristenUnion, die Sozialistische Partei und die Partei der Freiheit sehr unterschiedlich sind, weisen sie doch wichtige gemeinsame Merkmale auf. Alle drei Parteien vertreten stärker als die ihnen nahestehenden Volksparteien radikale und einfache Standpunkte. Und alle drei Parteien sind außerdem europakritisch bis europafeindlich eingestellt; die Partei der Freiheit ist zudem auch sehr antiislamisch orientiert. Alle drei, besonders die Partei der Freiheit und etwas weniger die Sozialistische Partei, vermitteln eine Sehnsucht nach der Vergangenheit, nach einer Zeit, als die Niederlande noch die Niederlande waren und den Menschen dort noch alles vertraut und sicher schien.

Sehr ausgeprägt ist, wie schon erwähnt, diese Haltung bei der Partei der Freiheit von Geert Wilders. Besonders

im Süden der Provinz Limburg hat er seinen Wahlerfolg erzielt. Limburg ist nominell noch immer zu rund 90 % römisch-katholisch, wenngleich es sehr säkularisiert ist. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, während das Bildungsniveau der Bevölkerung niedriger ist als anderswo in den Niederlanden. Von der Schließung der Bergwerke in den 1960er Jahren hat Limburg sich offensichtlich noch immer nicht erholt. Wilders stammt aus dieser Gegend und spricht deren Mundart. Es ist erkennbar, dass sich in diesem Gebiet besonders viele für seine rechtspopulistische, gar rechtsradikale Botschaft anfällig gezeigt haben: Man ist gegen den Islam, man ist gegen Europa und will zurück zu den alten, bewährten Normen und Werten.

Aber was soll man machen in diesem Lande angesichts der geistigen Verwirrung? Darüber wird in den Medien und anderswo rege diskutiert. Immer wieder wird in Diskussionen vorgebracht, dass die Niederlande eine neue Elite brauche. Das ist interessant, besonders im Lichte der – seit den 1960er Jahren vorherrschenden – egalitären Kultur. Es geht also künftig um eine kulturelle, soziale und intellektuelle Elite, die diese Gesellschaft auch moralisch führen könnte. Natürlich kann eine solche Elite nicht über Nacht herbeigezaubert werden. Zunächst einmal muss sich das Bewusstsein verbreiten, dass die Gesellschaft einer solchen Elite überhaupt bedarf. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Hochschulen. Bemerkenswert ist, dass dort in den letzten Jahren das egalitäre Denken immer mehr nachlässt. So sind in den Niederlanden seit einigen Jahren Programme zur Honorierung von exzellenten Studenten gang und gäbe.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die Diskussionen über Normen und Werte, die in den Niederlanden vor einigen Jahren durch den Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende in Gang gesetzt worden sind. Obwohl man ihn deshalb zunächst lächerlich zu machen versuchte, wird er

jetzt von Freund und Feind für die Initiierung dieser Wertediskussion gepriesen. Seine Losung ist: „Anständigkeit muss man einfach praktizieren.“ Ohne Zweifel wurde durch diese Diskussion in der Öffentlichkeit stärker der Blick darauf gerichtet, dass anständiges Benehmen, besonders in den täglichen Begegnungen das gesellschaftliche Zusammenleben erleichtert. Dass ein solches Verhalten notwendig ist, darüber ist man sich einig; aber Normen und Werte sollen mehr sein als eine Skala für gutes Benehmen.

In diesem Zusammenhang kommt natürlich auch immer wieder die Rolle der Religion zur Sprache. Deren Bedeutung und Notwendigkeit in der Gesellschaft wird auch von denjenigen betont, die sich selbst als areligiös bezeichnen. Doch kann auch die Religiosität nicht einfach herbeigezaubert werden. Ein Weiteres kommt noch hinzu: Religiosität kann in der Regel nur institutionell, d. h. durch Kirchen und Glaubensgemeinschaften gestiftet und tradiert werden. Außerkirchliche Religiosität ist freischwebend, um tatsächlich eine stabilisierende Rolle spielen zu können. Aber in dieser Hinsicht stößt man auf die Tatsache, dass die Rolle der Kirchen rapide zurückgeht. Soweit Religion Interesse findet, ist es vor allem die freischwebende, außerkirchliche, persönlich gestaltete Religiosität.¹³

4. Religionsrechtliche Regelungen

Die letzte und dritte Entwicklung, die hier skizziert werden soll, ist die Diskussion über die Rolle der Religion im öffentlichen Raum. Die Freiheit der Religion ist fest verankert in der Europäischen Menschenrechtskonvention und in der Niederländischen Verfassung.¹⁴ Dazu ist zu bemerken: 1. Die Religionsfreiheit schützt ein sehr hohes Rechtsgut und ist damit positiv zu bewerten. Die Bekämpfung des Islams an sich – wie das z. B. bei der Partei der

Freiheit der Fall ist – ist deshalb verfassungswidrig. 2. Die Verfassung stellt klar heraus, dass Religion nicht nur Privatsache ist. Das bedeutet, dass man sich – einzeln oder mit anderen – auch in der *Öffentlichkeit* zu seiner Religion bekennen darf. Das ist selbstverständlich. Wenn man religiös ist, bildet die Religion einen unlösbaren Teil der Persönlichkeit, worauf man deshalb nicht verzichten kann, ohne die menschliche Integrität und Würde anzutasten. Man kann also feststellen, dass das öffentliche Bekenntnis der Religion in den Niederlanden im Allgemeinen kein Problem darstellt. Dass gewisse Phänomene, vor allem den Islam betreffend, negativ bewertet werden (wie z. B. Kopftuch, Burka u. a.), ist das Ergebnis freier gesellschaftlicher Diskussionen. Aber auch diese Freiheit hat Verfassungsrang.

Was gegenwärtig stark zur Diskussion steht, ist jedoch die Lage der Religion im staatlichen Bereich. Besonders im rechten Lager des politischen Spektrums findet man die Auffassung vor, dass die organisierte Manifestation der Religion im öffentlichen Raum einen Verstoß gegen die Trennung von Kirche und Staat darstelle und nicht mit dem Charakter des neutralen Staates zu vereinbaren sei. Als Beispiel wird dann die hundertprozentige Finanzierung der „besonderen“ bzw. Privatschulen durch den Staat angeführt, die meistens in konfessioneller Trägerschaft sind. Selbst *christliche* politische Parteien – so ist vielen Stimmen im konservativen Spektrum zu entnehmen – seien grundsätzlich nicht mit den verfassungsrechtlichen Prinzipien, u. a. der Religionsneutralität, zu vereinbaren.

Diese Auffassung ist verfassungsrechtlich jedoch nicht haltbar.¹⁵ Die Trennung von Kirche und Staat bedeutet lediglich, dass sich die Kirchen im politischen Gemeinwesen keine staatlichen Befugnisse aneignen dürfen, wie umgekehrt dem Staat keine Befugnisse im kirchlichen Bereich zukommen. *Neutralität des Staates* heißt, dass dieser

keine Kirche oder keinen Glauben *bevorzugen* darf. Der Staat steht also allen Kirchen, Glaubensgemeinschaften und Weltanschauungen neutral gegenüber; er hat die Kirchen und weltanschaulichen Organisationen in ihren Eigenheiten zu respektieren, und diese haben ihrerseits die staatliche Ordnung zu beachten. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Kirche den Staat nicht kritisieren dürfe. Auch den Kirchen kommt so im politisch-staatlichen Bereich eine gewisse Funktion zu. Nur dürfen sie keine Sonderstellung einnehmen.

Jeder Bürger hat das verfassungsrechtlich verbürgte Recht, sich einzeln und in Gruppen in Kirchen, weltanschaulichen und religiösen Organisationen sowie im öffentlichen Raum zu seinem Glauben oder seiner Weltanschauung zu bekennen; und man darf hinzufügen, dass das politische Gemeinwesen dieser Art von Bekenntnissen und öffentlichen Artikulationen besonders bedarf.

Um dies näher zu erläutern, wird auf das bekannte Diktum von Ernst-Wolfgang Bockförde verwiesen.¹⁶ Die verfassungsrechtlichen Prinzipien der Trennung von Kirche und Staat und der Staatsneutralität sind einerseits mit einer verbindlichen Staatsreligion oder Weltanschauung nicht vereinbar. Andererseits brauchen Gesellschaft und Staat eine moralische Grundlage. Man kann nur in Frieden zusammenleben, wenn man gewisse Normen und Werte teilt. Der Staat ruht auf dem moralischen Fundament, das seine Bürger hervorbringen und gemeinsam weitertragen. In der heutigen pluralistischen Gesellschaft gibt es einen Wettbewerb von moralischen Auffassungen, Normen und Werten. Aus diesem Wettbewerb geht eine gewisse moralische Gemeinsamkeit hervor, die die Gesellschaft und den Staat zusammenhält. Dadurch wird eine Wertordnung geschaffen, wobei die Verfassung den moralisch-rechtlichen Rahmen bildet. Um dies zu ermöglichen ist es notwendig und deshalb eine Bürgerpflicht, dass jeder Bürger

seine Normen und Werte in die öffentliche Diskussion einbringt, damit die moralische Grundlage der Gesellschaft und Staates von allen Bürgern getragen wird. Die Gesellschaft und das Gemeinwesen gehören ihren Mitgliedern.¹⁷

Daraus folgt: 1. Auch die muslimischen Bürger haben selbstverständlich das Recht und die Aufgabe, ihre Normen und Werte in die öffentliche Diskussion einzubringen, wie das auch für die anderen Bürger gemäß dem verfassungsrechtlichen Rahmen gilt. 2. Wenn Bürger gesellschaftliche Erscheinungen oder staatliche Maßnahmen kritisieren, so ist das kein Zeichen von Intoleranz, sondern es zeugt vielmehr von bürgerlicher Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft. Dazu ist zu bemerken: Wie bereits ausgeführt, sind die Niederlande stark individualisiert. Entsprechend stark verbreitet ist die Auffassung, dass öffentliche moralische Bewertungen und Kritik Zeichen von Intoleranz seien. Solange die Freiheit des anderen nicht beeinträchtigt wird, sei man – so heißt es – frei, zu sagen und zu tun, was man möchte. Diese Auffassung ist jedoch falsch. Man darf wohl alles öffentlich kritisieren wie Filme, Theaterstücke, Berichte und Kommentare in den Medien usw.; doch hat dies unter den strikten Normen der verfassungsrechtlichen Ordnung zu erfolgen, die von allen zu respektieren ist. Drohungen und Gewalt aller Art sind deshalb abzulehnen. Vor diesem Hintergrund soll auch die diesbezügliche Diskussion mit den muslimischen Mitbürgern in unserer Gesellschaft geführt werden. Proteste gegen die Cartoons in dänischen Zeitungen oder gegen den Vortrag des Papstes in der Regensburger Universität sind das gute Recht von jedermann. Bedrohung oder Gewalt gehören aber nicht dazu. Das ist nun einmal die Logik unserer verfassungsmäßigen Ordnung und ihrer befriedenden Funktion.

Anmerkungen

¹ So plädiert der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Amsterdam, der sich selbst als religionslos bezeichnet, öfters für eine stärkere Rolle der Religion in der Gesellschaft. Seiner Meinung nach kann auf die sinnstiftende Funktion der Religion in der Gesellschaft nicht verzichtet werden; vgl. *Socialisme en Democratie* 7/8 (2006).

² Die Vielzahl neuerer Literatur wie auch die vielen Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften zu dieser Thematik in der jüngsten Zeit zeigen das breite öffentliche Interesse.

³ Aus der Vielzahl einschlägiger Literatur hier einige Bücher in niederländischer und deutscher Sprache: Hermann LÜBBE: *Religion nach der Aufklärung*, Graz, 1986; Arend J. NIJK: *Secularisatie. Over het gebruik van een woord*, Rotterdam 1968. Bemerkenswert ist, dass in diesen etwas älteren Büchern noch nicht von einer *Renaissance* der Religion gesprochen wird. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das schlagartig geändert; vgl. Gottfried KÜENZLEN: *Die Wiederkehr der Religion. Lage und Schicksal in der säkularen Moderne*, München, 2003; ferner Reiner PREUL: *So wahr mir Gott helfe! Religion in der modernen Gesellschaft*, Darmstadt, 2003. Sehr interessant und aufschlussreich über die Lage in den Niederlanden ist die umfangreiche Studie des Wissenschaftlichen Rates für die Regierungspolitik: Wim B.H.J. van de DONK / Alan WOLFE u. a. (Hrsg.): *Geloven in het publieke domein. Verkenningen van een dubbele transformatie*, Amsterdam 2006.

⁴ Die Namensänderung der Römisch-Katholischen Staatspartei (*Rooms-Katholieke Staatspartij*) in Katholische Volkspartei (*Katholieke Volkspartij*) brachte keine inhaltliche Erneuerung mit sich wie bei den Sozialdemokraten. Das war wohl der Fall bei der Gründung von dem CDA (Christlich-Demokratischer Appell). In dieser Partei haben sich die drei großen christlichen Parteien 1980 zusammengeschlossen.

⁵ Gerard J. M. van WISSEN: *Das niederländische Sozialmodell – ein Weg zu sozialer Gerechtigkeit?*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.): *Soziale Gerechtigkeit*, Köln 2002, S. 11–29.

⁶ Arend LIJPHART: *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, Haarlem ⁸1990; das Buch ist das klassische Werk über die Säulengesellschaft.

⁷ Das niederländische Sozialkulturelle Planungsbüro (*Sociaal en*

Cultureel Planbureau, SCP) ist eine öffentliche Forschungsanstalt, die aufgrund der gesammelten Daten im sozialen und kulturellen Bereich Entwicklungen prognostiziert.

⁸ Ursprünglich: Jos BECKER / Johannes M. J. de HART: *Godsdienstige veranderingen in Nederland. Verschuivingen in de binding met de kerken en de christelijke traditie*, Den Haag 2006.

⁹ Vgl. Christof SCHORSCH: *Die New Age-Bewegung. Utopie und Mythos der neuen Zeit – eine kritische Auseinandersetzung*, Gütersloh ²1988.

¹⁰ Pim Fortuyn (1948–2002) war kurze Zeit auch Professor an der Erasmus-Universität in Rotterdam.

¹¹ Wie groß die Verehrung für Fortuyn noch immer ist, zeigen die verschiedenen Internet-Seiten wie z. B. www.pim-fortuyn.nl und www.pimfortuyn.com.

¹² Bei den vorgezogenen Parlamentwahlen im November 2006 verlor der christlich-demokratische CDA 3 Sitze (41 gegenüber 44 bei der Wahl von 2003), während die kleine christlich-soziale Christen-Union (CU) ihre Sitze von 3 auf 6 Sitze verdoppelte. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (PvdA) ging von 42 auf 33 Sitze zurück; die Sozialistische Partei (SP) dagegen gewann mit 25 Sitzen 16 Sitze hinzu. Die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) errang 22 Sitze (6 Sitze weniger), während die rechtspopulistische Partei der Freiheit von Geert Wilders (PvdV) von 0 auf 9 Sitze kam. Die Partei von Pim Fortuyn beteiligte sich nicht mehr an den Wahlen. Seit dem Wahlerfolg 2002 war die Partei in sich zerstritten. Von den 26 Sitzen waren ihr bei den Zwischenwahlen 2003 noch 8 geblieben, die 2006 alle verloren gingen. Die Nachfolgeparteien waren nicht imstande, auch nur einen Sitz zu erringen.

¹³ Interessant im Lichte der obigen Erwähnungen sind die Entwicklungen nach den Wahlen 2006 für die Zweite Kammer der Generalstaaten. Jan Peter Balkenende hat im Februar 2007 seine vierte Regierung präsentiert. Diese stützt sich auf den christlich-demokratischen CDA, die Arbeiterpartei und die christlich-soziale ChristenUnion. Diese christlich-soziale Koalition wird wohl versuchen, den Kurs der letzten Regierungen umzubiegen. Das bedeutet: weniger Markt, weniger Privatisierung, Gegensteuerung gegen den Individualismus, Betonung der Bedeutung der Familie und des Gemeinns. Das Motto der Regierung ist: „Zusammen Leben, Zusammen Arbeiten“. In wieweit die Regierung Balkenende mit diesem Kurs Erfolg haben wird, ist abzuwarten.

¹⁴ Ähnlich wie Art. 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention heißt es in Art. 6 der Verfassung des Königreichs der Niederlande: „1. Jeder hat das Recht, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen frei zu bekennen, unbeschadet der Verantwortung jedes einzeln vor dem Gesetz. 2. Hinsichtlich der Ausübung dieses Rechts außerhalb von Gebäuden und geschlossenen Räumen können zum Schutz der Gesundheit, im Interesse des Verkehrs und zur Beseitigung oder Abwehr von Störungen gesetzliche Vorschriften erlassen werden.“

¹⁵ Diese zwei Prinzipien sind nicht als solche in der Verfassung festgelegt, werden aber aus dem Geiste der Verfassung abgeleitet. Die Prinzipien der Trennung von Staat und Kirche und der Neutralität des Staates den Kirchen und weltanschaulichen Organisationen gegenüber, werden im Übrigen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich verwirklicht. Auf der einen Seite steht Frankreich mit seiner *Laïcité*, auf der anderen Seite Großbritannien und besonders die nordeuropäischen Staaten wie Dänemark mit einer Staatskirche. Offenbar gibt es in der Realität viele Möglichkeiten zur *Gewährleistung der Gewissens- und Religionsfreiheit*.

¹⁶ „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“; Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: DERS.: Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt a.M. 1991, S. 92–114, hier: 112.

¹⁷ Besonders Jürgen HABERMAS: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1981, hat sehr zur Diskursethik beigetragen.